Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 32 (1940)

Heft: 5: Probleme der Preisentwicklung

Artikel: Zur Preisentwicklung im Kriege

Autor: Weber, Max

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-352985

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

GEWERKSCHAFTLICHE
RUNDSCHAU
FÜR DIE SCHWEIZ
Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Beilage „Bildungsarbeit", Mitteilungsblatt der Schweiz. Arbeiterbildungszentrale

No. 5 Mai 1940 32. Jahrgang

Zur Preisentwicklung im Kriege.

Von Max Weber.

Im Dezemberheft 1939 der « Gewerkschaftlichen Rundschau » sind die wichtigsten wirtschaftspolitischen Probleme, die sich für unser Land in der Kriegszeit ergeben, beleuchtet worden. Diesmal soll das Preisbroblem etwas eingehender behandelt werden. Nachdem die erste Phase der Preissteigerung beendet ist, stellt sich die Frage, ob die Massnahmen zur Verhütung einer verhängnisvollen Erhöhung des Preisniveaus ausreichend sind oder ob für die Zukunft wirksamere Massnahmen vorzukehren sind.

Die Ursachen der Preissteigerung können eingeteilt werden in solche Faktoren, die ausserhalb unseres Landes wirken und sich daher dem Einfluss der schweizerischen Behörden entziehen. Dazu gehören die Preiserhöhungen auf den Weltmärkten und die Verteuerung der Zufuhr, die sich aus den Transportschwierigkeiten ergibt. Eine zweite Gruppe von Faktoren wirkt im Inlande, und da ist in erster Linie die staatliche Preispolitik zu nennen, aber auch die Finanzpolitik hat Rückwirkungen auf die Preisgestaltung und wird sie in Zukunft wohl noch in vermehrtem Masse haben.

Die Lage der Weltmärkte.

Es wäre ein Irrtum, zu glauben, die bisherige Erhöhung des Preisniveaus sei zur Hauptsache einer allgemeinen Warenknappheit auf den internationalen Lebensmittel- und Rohstoffmärkten zuzuschreiben. Allerdings hat die Gefahr internationaler Verwicklungen und dann erst recht der Ausbruch des europäischen Krieges alle Länder veranlasst, sich in vermehrtem Masse mit Warenvorräten zu versehen. Das hat jedoch nicht wie im letzten Krieg zu einer raschen Hausse aller wichtigen Rohmaterialien geführt, sondern die Verfassung der Weltmärkte war im Jahre 1939 wesentlich verschieden von derjenigen des Jahres 1914.

In den letzten zwei Jahrzehnten ist die Produktionsfähigkeit für die meisten Rohstoffe und auch für Lebensmittel gewaltig gestiegen, nicht zuletzt als Folge der Knappheit, die im Weltkrieg 1914/18 entstanden war. Die enorme Produktionsvermehrung, die nicht im Einklang stand mit der sonstigen Entwicklung der Wirtschaft, war eine Hauptursache der schweren Weltwirtschaftskrise, die 1929 einsetzte und in erster Linie die Agrarländer betraf. Wenn diese Krise von 1933 an langsam abgeflaut ist, so war das nicht so sehr einer Steigerung der Nachfrage zuzuschreiben als einer Beschränkung der Produktion. Auf zahlreichen Gebieten wurde versucht, die Produktion zu regeln, um den katastrophalen Preiszusammenbruch der Krisenzeit zu überwinden. Mit mehr oder weniger Erfolg gelang es denn auch, internationale Vereinbarungen zu treffen über eine Begrenzung der Erzeugung. Ferner haben einzelne Länder, wie namentlich die Vereinigten Staaten, von sich aus eine Beschränkung der Anbauflächen für landwirtschaftliche Erzeugnisse durchgeführt. Solche Produktionsbeschränkungen wurden unter anderm vorgenommen für Getreide, Zucker, Tee, Kautschuk, Kupfer, Zinn, Baumwolle. Als im letzten Jahr eine vermehrte Nachfrage einsetzte als Folge der Vorratsanlegung für die Kriegszeit, konnten diese Produktionsbeschränkungen wieder allmählich gelockert werden. Eine eigentliche Knappheit ist daher im allgemeinen auf den freien Weltmärkten nicht eingetreten, abgesehen von einzelnen kriegswichtigen Spezialprodukten. Das ist der Grund, weshalb die Preiserhöhung auf den Weltmärkten bisher kein besonders grosses Ausmass angenommen hat.

Wir veröffentlichen nachstehend die Preisnotierungen für einige wichtige Nahrungsmittel und Rohstoffe. Dabei sind absichtlich die Preise der amerikanischen Warenbörsen gewählt worden (mit Ausnahme von Wolle), da die europäischen Märkte natürlich unter der Einwirkung des Seekrieges stehen und deshalb kein getreues Bild von Angebot und Nachfrage auf dem Weltmarkt ergeben können.

	Grosshandelspreise in Neuyork				
	Anfang Januar 1939	Mitte August 1939	Anfang Januar 1940	Anfang April 1940	Preisveränderung Aug. 39/April 40 in %
	Preise in Cents				
Weizen (Chicago), je Bushel	70,87	65,87	106,50	103,37	+ 57,4
Zucker, je lb.	1,84	1,89½	1,85	1,87	— 1,3
Kaffee, je lb.	5,37	4,26	5,50	4,20	— 1,4
Schmalz, je lb.	6,67½	5,90	6,15	6,02½	+ 2,1
Kautschuk, je lb.	16 3/16	—	19¼	18 13/16	—
Kupfer, je lb.	10,22½	10,50	12,60	11,50	+ 9,5
Zink, je t	4,50	4,75	5,75	5,75	+ 21,0
Zinn, je t	46,50	47,75	48,73	46,85	— 1,9
Baumwolle, je lb.	8,84	9,24	11,54	10,93	+ 18,2
Wolle (Bradford), je lb. Pence	25½	26	31¾	42½	+ 63,5

Die Preisbewegung seit Ausbruch des Krieges ist auf alle Fälle nicht einheitlich. Die grösste Erhöhung verzeichnet Wolle, doch hier ist der englische Markt berücksichtigt. England beherrscht heute die Wollproduktion Australiens und Südafrikas, die für den Export fast allein in Frage kommt und kann dafür den Preis bestimmen. Eine Steigerung um 57 Prozent hat Weizen aufzuweisen. Das ist jedoch nur eine Erholung von einem ausserordentlichen Tiefstand. Der Weizenpreis notiert auch jetzt noch um etwa 25 Prozent niedriger als 1929. Aehnlich steht es mit Baumwolle, deren Preis nicht viel mehr als die Hälfte desjenigen der Vorkrisenzeit beträgt. Einige Preisnotierungen stehen sogar im April dieses Jahres tiefer als vor Kriegsausbruch. Das gilt für Kaffee, wo alle Einschränkungen und selbst die Vernichtung grosser Vorräte den Markt noch nicht saniert haben, ferner für Zucker und Zinn. Nach Meldungen aus Amerika war die Hausse für einzelne Waren mitverursacht durch die anziehende Konjunktur in USA, die im ersten Halbjahr 1940 wieder etwas abflaute.

Die Transportschwierigkeiten.

Der Krieg wird diesmal von Anfang an bewusst als Wirtschaftskrieg geführt, während das im letzten Weltkrieg erst etwa von 1916 an der Fall war. Die Versuche der Westmächte, Deutschland durch die Blockade wirtschaftlich zu zermürben und die Versuche Deutschlands, die Versorgung der Alliierten durch Unterseeboote und Flugwaffe zu stören, haben den internationalen Handel schwer getroffen, worunter auch die neutralen Länder zu leiden haben. Ihr Aussenhandel ist zwar nicht unterbunden, ja nicht einmal stark eingeschnürt, dagegen sehr verteuert worden. Als Folge des Seekrieges sind die Auslagen für Frachten und Versicherungen enorm gestiegen.

Die Erhöhung der Frachtsätze hängt natürlich in hohem Masse davon ab, welchen Weg die Transporte einschlagen. In England wird ungefähr mit einer Verdoppelung der Frachten gerechnet. Die an die Nordsee angrenzenden neutralen Länder, die unter den Unterseeboot- und Luftangriffen am stärksten leiden, verzeichnen eine noch grössere Verteuerung der Frachten. Der dänische Index der Seefrachten hat sich verdreifacht, der schwedische sogar vervierfacht. Geringer ist dagegen die Erhöhung der Transportkosten im Mittelmeer.

Der Einfluss der gestiegenen Seefrachten auf die Warenpreise ist natürlich sehr verschieden, je nachdem, ob es sich um voluminöse Waren handelt oder nicht. Nach Angaben des « Economist » rechnete man vor dem Krieg mit einer Belastung des Warenpreises von 7 Prozent. Eine Verdoppelung der Frachtkosten würde somit eine Verteuerung um 7 Prozent ausmachen. Auch wenn die Belastung in einzelnen Fällen höher ist, so dürfte die Feststellung des « Economist », dass die Frachtsätze in keinem Fall die Lebenskosten bestimmen, im allgemeinen richtig sein.

Der zweite Faktor der Transportverteuerung ist die Versicherungsprämie, die durch das Kriegsrisiko auf das 20- oder 50fache oder gar noch mehr erhöht wurde. Die Risikoprämie betrug aber vor dem Kriege nur einen Bruchteil eines Prozents vom Warenwert, vielleicht 0,1 Prozent, währenddem sie jetzt auf 3 bis 5 Prozent, vereinzelt sogar noch höher gestiegen ist, je nach der Seeroute.

Schliesslich kommt noch hinzu, dass oft längere Schiffahrtswege gewählt werden müssen, was ebenfalls höhere Transportkosten verursacht. Das gilt besonders für die Schweiz, die jetzt einen grossen Teil ihres Imports über Genua bezieht. Sogar Transporte aus Holland oder Belgien, die vorher bis Basel mit Schleppschiffen geführt werden konnten, müssen nun über das Mittelmeer geleitet werden, so dass noch eine längere Eisenbahnstrecke im Ausland und in der Schweiz dazu kommt.

Wie stark die preissteigende Wirkung der Transportschwierigkeiten einerseits und der Hausse auf den Weltmärkten anderseits ist, könnte wohl für einzelne Waren, aber nicht für unsern gesamten Import berechnet werden. Immerhin lässt die Tatsache, dass der offizielle Grosshandelsindex der Vereinigten Staaten seit Kriegsausbruch nur eine Erhöhung um etwa 3 Prozent verzeichnet, erkennen, dass auf dem freien Weltmarkt bisher keine Preissteigerung von sehr grossem Ausmass eingetreten ist. Erheblich grösser dürfte vorläufig die Wirkung der Transportverteuerung auf die Warenpreise sein.

Im Durchschnitt haben sich die von der Schweiz aus dem Ausland bezogenen Waren franko Schweizergrenze vom August 1939 bis Februar 1940 um 36 Prozent erhöht, wie der schweizerische Grosshandelsindex anzeigt.

Die Preissteigerung im Inland.

Wenn es wahr ist, was vielfach behauptet wird, dass die Teuerung lediglich eine Folge der Vorgänge im Ausland sei, dann müssten die Waren rein schweizerischen Ursprungs im Preise unverändert bleiben. Solche Waren gibt es freilich nicht viele. Meistens enthalten auch unsere inländischen Erzeugnisse einen Anteil an ausländischem Material; das gilt auch für die Landwirtschaft, die Futtermittel importieren muss. Immerhin müsste in allen diesen Fällen der Preisaufschlag höchstens den erhöhten Produktionskosten entsprechen, sofern nur die Verteuerung vom Ausland überwälzt werden darf.

Es ist natürlich sehr schwer, den ausländischen und inländischen Anteil am Preise einer Ware genau auseinanderzuhalten. Bei den Waren, die im schweizerischen Grosshandelsindex berücksichtigt werden, wird unterschieden zwischen importierten und im Inland hergestellten Waren. Der Index dieser beiden Gruppen hat sich seit Kriegsbeginn folgendermassen verändert:

	Importwaren	Inlandwaren	Totalindex
August 1939	100	100	100
September 1939 . . .	117,4	103,1	108,7
Oktober 1939	121,0	105,9	111,9
November 1939 . . .	124,0	107,9	114,2
Dezember 1939 . . .	128,7	108,5	116,5
Januar 1940	132,7	110,0	118,9
Februar 1940	135,8	111,2	120,8

Einer Preissteigerung der Importwaren von 36 Prozent steht eine solche der Inlandwaren von 11 Prozent gegenüber. Es scheint, dass diese letztere etwas hoch ausgefallen ist und wohl kaum nur die durch verteuerte Zufuhr bedingte Preissteigerung enthält.

Man kann auch noch eine andere Ueberlegung machen: Theoretisch müsste sich die Verteuerung der Importwaren auf das schweizerische Preisniveau in dem Verhältnis auswirken, wie der Import zum inländischen Verbrauch steht. Der jährliche Gesamtverbrauch der Schweiz wird von Dr. Schwarzmann auf 8 Milliarden Franken geschätzt. Diese Summe erscheint freilich etwas hoch, wenn die Schätzung des Volkseinkommens auf ebenfalls 8 Milliarden Franken richtig ist. Wenn der Verbrauch nur mit 7,5 Milliarden Franken angenommen wird, so würde der Import von rund 1,600 Millionen Franken (1938) etwas mehr als einen Fünftel ausmachen. Dieser Anteil ist jedoch zu hoch, da ein Teil der eingeführten Materialien zur Erzeugung von Exportwaren verwendet wird. Der Auslandanteil des inländischen Verbrauchs dürfte nicht höher als etwa ein Sechstel sein. Die Erhöhung des Preisniveaus der Schweiz müsste somit bei einer 36prozentigen Verteuerung der Importwaren 6 Prozent ausmachen. Diese Zahl sollte indessen ein Maximum sein. In Wirklichkeit wäre es möglich, sie etwas zu reduzieren, namentlich bei der gesteigerten Wirtschaftstätigkeit, die gegenwärtig vorherrscht. Erhöhte Produktion bedeutet Kostensenkung und ermöglicht somit bei gleichbleibendem Verdienst eine Senkung der Verdienstspanne. Ich möchte daran erinnern, dass eine auf ähnliche Weise vorgenommene Schätzung der Auswirkung der Preissteigerung, die als Folge der Abwertung eintreten musste, durch die Entwicklung bestätigt wurde. Die theoretische Verteuerung der Importwaren durch eine Abwertung von 30 Prozent beträgt 43 Prozent. Bei einem Anteil der Importwaren von einem Sechstel würde das inländische Preisniveau um 7 Prozent erhöht. In Wirklichkeit ist der Index der Kosten der Lebenshaltung im ersten Jahre nach der Abwertung um rund 5 Prozent gestiegen. Er wurde freilich mitbeeinflusst durch die Preisschwankungen des Weltmarktes, die zuerst aufwärts und nachher abwärts gerichtet waren.

Nun ist der Index der Lebenshaltungskosten vom August 1939 bis Ende März 1940 um 5,5 Prozent gestiegen. Die theoretische Annahme, dass er unter 6 Prozent bleiben sollte, wäre damit erfüllt. Doch es ist zu beachten, dass die Preissteigerung im Detailhandel sich erst einige Monate später voll auswirkt. Die Verteue-

rung der Lebenskosten, die der Preiserhöhung der Importwaren von Ende Februar entspricht, wird erst Ende Mai oder noch später festzustellen sein. Es dürfte sich dabei ergeben, dass die Erhöhung des Index der Lebenskosten über das hinausgeht, was eine Folge der Verteuerung der Importwaren ist.

Allein nicht nur theoretische Ueberlegungen, sondern auch Einzelfälle aus der Praxis beweisen, dass die Preiserhöhung weiter geht, als nur der Ueberwälzung der im Ausland entstandenen Verteuerung entsprechen würde. Es sei darauf hingewiesen, dass die Preise für Holz, wohlverstanden für inländisches Holz, bedeutend gestiegen sind. Nach einer Mitteilung der Preiskontrollstelle verzeichnet Nutzholz vom 3. Quartal bis zum 4. Quartal 1939 eine Preiserhöhung von 12 Prozent für Nadelholz und 15 Prozent für Laubholz. Brennholz ist in derselben Zeit sogar um 18 bis 24 Prozent verteuert worden. Ein anderes Beispiel: Auf Ziegeln ist ein Preiszuschlag von 8 Prozent, auf Backsteinen von 11 Prozent bewilligt worden, obwohl mit Ausnahme der Kohle die Produktionskosten sich infolge des Krieges noch nicht erhöht haben.

Die Handhabung der Preiskontrolle.

Die eidgenössische Preiskontrolle hat eigentlich die Aufgabe, die Preisgestaltung so zu lenken, dass keine ungerechtfertigten Preissteigerungen eintreten. Ich habe jedoch schon im Dezemberheft darauf hingewiesen, dass die Praxis der Preiskontrolle heute wesentlich weitherziger ist als 1936/37 nach der Abwertung. Wenn nur Preiserhöhungen bewilligt worden wären im Ausmasse der Erhöhung der Gestehungskosten, so hätte die Verteuerung der Lebenshaltung ein weniger grosses Ausmass angenommen seit Kriegsausbruch. Die Differenz ist wahrscheinlich bisher nicht sehr gross. Sie kann aber in Zukunft einen wesentlich grösseren Umfang annehmen. Dass die Bewilligung von Mittelpreisen, die zwischen den Gestehungskosten der noch vorhandenen Vorräte und den Einstandspreisen für die neu eingekauften Waren liegen, eine Hauptursache der zu starken Preiserhöhung darstellt, ist damals schon auseinandergesetzt worden.

Freilich ist den Behörden der Preiskontrolle zugute zu halten, dass die Verfügung des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes vom 2. September 1939 keine absolut klare Weisung gibt über die Handhabung der Preiskontrolle. Es heisst darin nämlich in Artikel 2:

> «Es ist untersagt, im Inland für irgendwelche Leistungen Gegenleistungen zu fordern oder anzunehmen, die unter Berücksichtigung der brancheüblichen Selbstkosten einen mit der allgemeinen Wirtschaftslage unvereinbaren Gewinn verschaffen würden.»

Der Begriff des «unvereinbaren Gewinns» ist natürlich Kautschuk. Man kann sagen, es sei mit der Kriegszeit unvereinbar, einen höheren Gewinn als bisher zu erzielen. In diesem Falle müsste die

Praxis der Preiskontrolle wesentlich schärfer sein. Man kann aber auch interpretieren, die Kriegszeit bringe erhöhte Risiken usw., so dass ein höherer Gewinn gerechtfertigt sei. Diese letztere Auffassung wird begreiflicherweise von den Kreisen des Handels und der Produzenten vertreten, aber auch von den Behörden, zum Teil wenigstens, geteilt.

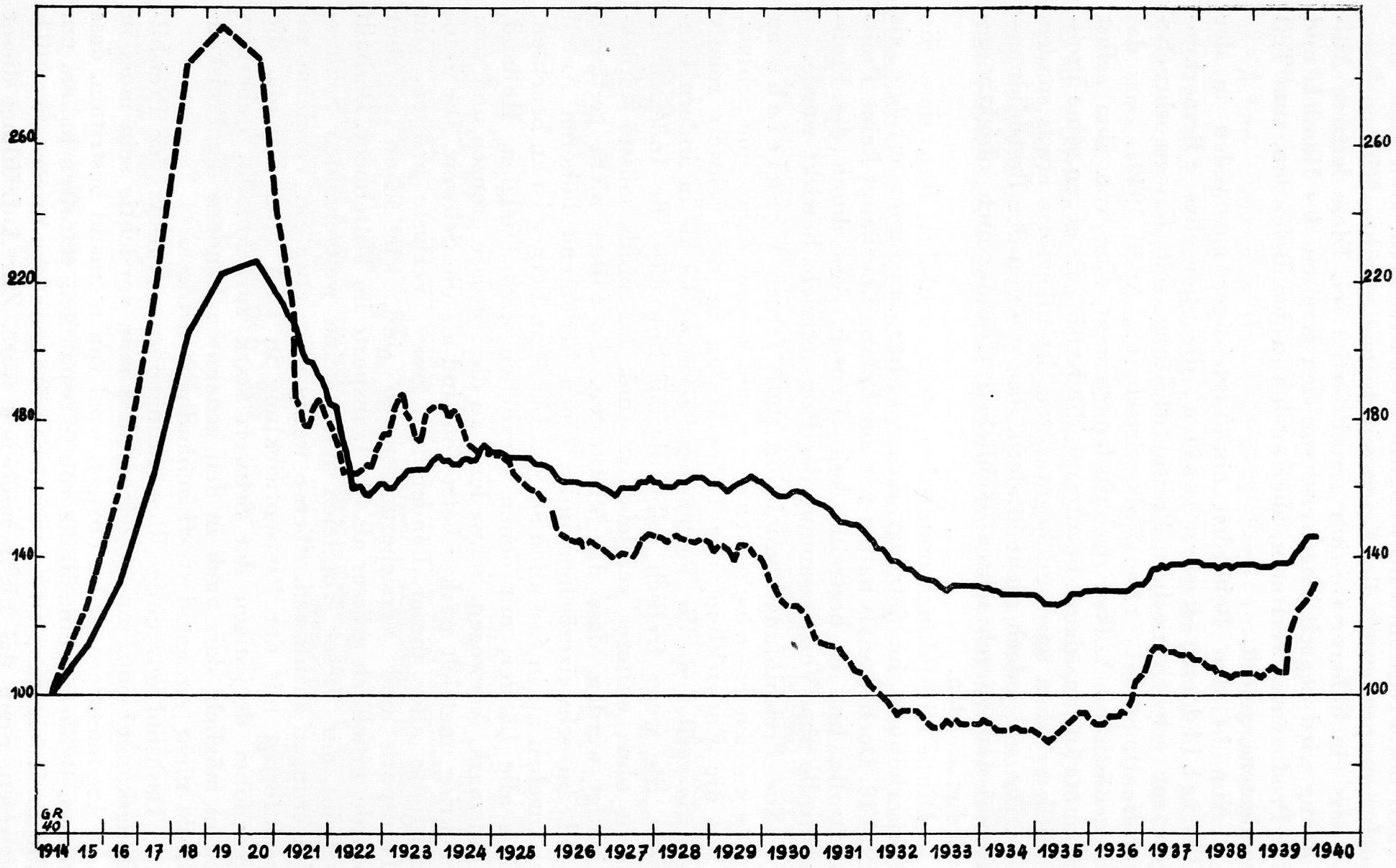
Nun ist den Behörden ein Verteidiger entstanden in der Preisbildungskommission, die eben ihre «Bemerkungen zur schweizerischen Preisentwicklung seit Kriegsausbruch» veröffentlicht hat («Die Volkswirtschaft», April 1940). Dass das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement eine von ihm selbst ernannte Instanz damit beauftragt, die Kritik, die gegen seine Preispolitik erhoben wird, zu begutachten, ist allerdings etwas sonderbar. Das soll jedoch nicht hindern, dass die von der Preisbildungskommission vorgebrachten sachlichen Gründe auch objektiv gewürdigt werden.

Die Preisbildungskommission stellt zunächst fest, dass die Preiserhöhung im jetzigen Krieg bisher langsamer erfolgte als 1914/18. Doch damals hatten wir am Anfang überhaupt keine Preiskontrolle, und es bestreitet kein Mensch, dass durch die Preiskontrolle eine Verlangsamung des Preisauftriebs bewirkt wurde.

Die Preisbildungskommission stellt ferner Vergleiche an mit ausländischen Staaten und kommt dabei zum Schluss, dass die Entwicklung der Lebenskosten in der Schweiz relativ günstig verlief, da die Verteuerung geringer sei als in andern Ländern. Sie weist freilich selbst darauf hin, dass die Indexzahlen nicht ohne weiteres vergleichbar sind. Jedenfalls müsste berücksichtigt werden, dass die Mietkosten, die bisher nicht gestiegen sind, im schweizerischen Index einen bedeutend höheren Anteil ausmachen als in fast allen andern Ländern. Ferner ist zu beachten, dass alle Länder, mit denen verglichen wird (Belgien, Holland, Dänemark, Norwegen, Schweden), an die Nordsee grenzen und vom Seekrieg ungleich stärker betroffen sind als die Schweiz. Die Handelsflotte aller dieser Länder hat grosse Verluste erlitten. Die Transport- und Versicherungsspesen sind, wie schon erwähnt wurde, erheblich grösser als für Transporte im Mittelmeer. Deshalb scheint mir dieser Vergleich noch keine weitgehenden Schlussfolgerungen zuzulassen. Ebenso wenig wäre etwa ein Vergleich gerechtfertigt mit der Preisentwicklung in USA oder Kanada, die gegenüber derjenigen der Schweiz stark zurückbleibt. Ueberdies ist es möglich, dass auch in den genannten Ländern die Preiskontrolle nicht genügend straff gehandhabt wird.

Das sind nur einige Bemerkungen zum Aufsatz der Preisbildungskommission, um zu zeigen, dass man vorsichtig sein muss in der Argumentierung. Im übrigen wird von niemand bestritten, dass unsere Behörden eine Reihe von Massnahmen getroffen haben, um die Preissteigerung zu bremsen. Es wäre geradezu unverantwortlich gewesen, wenn das nicht geschehen wäre. Zur Aufzählung dieser

Die Preisentwicklung in der Schweiz 1914—1940.



▪▪▪▪▪ Index der Grosshandelspreise

▬▬▬ Index der Lebenshaltungskosten

Massnahmen, die die Preisbildungskommission vornimmt, ist immerhin zu bemerken, dass die Behauptung, die Preiskontrolle schreibe « grundsätzlich den Verkauf zu Einstandspreisen » vor, leider nicht stimmt, sondern die Praxis hat sich, wie schon gesagt, auf den « Mittelpreis » eingestellt. Ferner ist zur « gutausgebauten Preiskontrollorganisation », die auch auf die Kantone und Gemeinden ausgedehnt sein soll, zu sagen, dass von dieser Organisation wenig zu bemerken ist. In den meisten Gemeinden gibt es überhaupt keine Instanzen, die sich mit der Preiskontrolle befassen, und an andern Orten funktionieren sie ungenügend oder überhaupt nicht. Es wäre sehr zu wünschen, dass diese Seite der Preiskontrolle, namentlich die Ueberwachung der Preisfestsetzung, in der Praxis noch viel besser ausgebaut würde.

Wenn auch die allzu large Handhabung der Preiskontrolle bisher keine beträchtliche Ueberhöhung des Preisniveaus zur Folge hatte, so kann sie doch für die Zukunft eine vermehrte Bedeutung erlangen, denn die preissteigernden Faktoren wirken weiter, und auch die Tendenz, womöglich etwas mehr aufzuschlagen, als unbedingt gerechtfertigt ist, greift um sich. Freilich wäre es unrichtig, die Preiskontrolle allein verantwortlich machen zu wollen für alle ungerechtfertigten Preiserhöhungen. Sondern wenn ein krasses Missverhältnis entsteht zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Warenmarkt, so kann auch die beste Preiskontrolle nicht verhindern, dass die Preise sich der Marktlage anpassen. Die Gefahr einer Vermehrung der Nachfrage von der Geldseite her, auf die früher schon hingewiesen wurde, wird dann akut werden, wenn eine unrichtige oder ungenügende Finanzierung der Mobilisationsausgaben erfolgt, d. h. wenn der Geldumlauf durch Kredite der Nationalbank an den Staat stark erhöht wird.

Wir stehen heute erst am Anfang des Krieges und auch erst am Anfang der aufwärts gerichteten Preisbewegung. Wir wollen hoffen, dass es den vereinten Bemühungen auf dem Gebiete der Wirtschafts- und Finanzpolitik gelingen wird, eine Preisentwicklung wie im letzten Krieg, wo der Grosshandelsindex im Jahresdurchschnitt 1919 bis auf 293 und der Index der Lebenskosten bis auf 224 (1920) gestiegen ist (man vergleiche die nebenstehenden Kurven), zu verhüten. Allerdings werden zu diesem Zwecke noch energischere Massnahmen getroffen werden müssen.